

**Behindertenhilfe**(evtl. Vorwort oder Danksagung)

Inhaltsverzeichnis

[Abbildungsverzeichnis III](#_Toc532453007)

[1 Kurze Definition des Handlungsfeldes 4](#_Toc532453008)

[1.1 Behinderung 4](#_Toc532453009)

[1.2 Hilfe 5](#_Toc532453010)

[2 Informationen zur Zielgruppe 6](#_Toc532453011)

[3 Beteiligte und Organisationsformen 9](#_Toc532453012)

[3.1 Beteiligte 9](#_Toc532453013)

[3.2 Organisationsformen 10](#_Toc532453014)

[4 Relevante rechtliche Bestimmungen 13](#_Toc532453015)

[4.1 Rehabilitation und Teilhabe: Welche Hilfen gibt es, und wer ist zuständig? 13](#_Toc532453016)

[4.2 Finanzierungsgrundlage der Behindertenhilfe 14](#_Toc532453017)

[4.3 Grad der Behinderung 14](#_Toc532453018)

[4.4 Schwerbehindertenausweis 15](#_Toc532453019)

[4.5 Eingliederungshilfe 15](#_Toc532453020)

[4.6 Behindertenausgleichsgesetz 16](#_Toc532453021)

[4.8 Bundesteilhabegesetz 17](#_Toc532453023)

[5 Rechtliche Beziehungen der Beteiligten 19](#_Toc532453024)

[5.1 Ansprüche der Beteiligten und deren Gründe 19](#_Toc532453025)

[5.1.1 Das Dreiecksverhältnis (Sozialrechtliches) 19](#_Toc532453026)

[5.1.2 Welche Verträge werden geschlossen 19](#_Toc532453027)

[5.1.3 Das Persönliche Budget 20](#_Toc532453028)

[5.1.3.1 Unterschiede unter den Zielgruppen beim persönlichen Budget 20](#_Toc532453029)

[6 Pädagogische Konzepte und methodische Werkzeuge 22](#_Toc532453030)

[7 Liste aktueller Herausforderungen 26](#_Toc532453031)

[7.1 Bundesteilhabegesetz 26](#_Toc532453032)

[7.1.1 Perspektive als Leistungserbringer 26](#_Toc532453033)

[7.1.2 Perspektive als Leistungsträger 26](#_Toc532453034)

[7.1.3 Perspektive als Leistungsempfänger 26](#_Toc532453035)

[7.2 Persönliches Budget 26](#_Toc532453036)

[7.3 Lebenserwartung 26](#_Toc532453037)

[7.4 Geistige Behinderung und Teilhabe an der Gesellschaft 26](#_Toc532453038)

[7.5 Die ICF ist zur Sicherung der Teilhabe anzuwenden 26](#_Toc532453039)

[7.6 Angebote für älter werdende Menschen mit Behinderung schaffen 26](#_Toc532453040)

[8 Trägerliste Baden-Württemberg 27](#_Toc532453041)

[9 Literaturverzeichnis 31](#_Toc532453042)

Abbildungsverzeichnis

[Abbildung 1 Sozialrechtliches Dreiecksverhältnis in Anlehnung an (Frings und Bieker 2018) 19](#_Toc532122514)

# Kurze Definition des Handlungsfeldes

Die Behindertenpolitik der Bundesrepublik Deutschland hat sich zur Aufgabe genommen, Menschen mit Behinderung gleich zu behandeln wie Menschen ohne Behinderung. Dies wurde im SGB IX, im BGG sowie im AGG verankert (BMAS, 2014).

Das geschieht neben der schulischen [Bildung](https://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/slex/seitendvd/konzeptg/l50/l5073.htm) in [Sonderschulen](https://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/slex/seitendvd/konzeptg/l53/l5376.htm) und [Integration](https://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/slex/seitendvd/konzeptg/l52/l5211.htm)sschulen vor allem auf den Gebieten der [Prävention](https://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/slex/seitendvd/konzeptg/l53/l5328.htm), der medizinischen, sozialen und beruflichen [Rehabilitation](https://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/slex/seitendvd/konzeptg/l53/l5351.htm) sowie der Eingliederung ([Eingliederungshilfe](https://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/slex/seitendvd/konzeptg/l50/l5098.htm)) in die Arbeitswelt und die [Gesellschaft](https://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/slex/seitendvd/konzeptg/l51/l5170.htm). (https://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/slex/seitendvd/konzeptg/l50/l5050.htm)

Behindertenhilfe setzt sich zusammen aus den zwei Wörtern Behinderung und Hilfe.

## Behinderung

Nach §2 Abs.1 Satz 1 SGB IX sind Menschen mit Behinderungen (…) Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können.

Zusätzlich sagt §2 Abs.1 Satz 2 SGB IX: „Eine Beeinträchtigung nach Satz 1 liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht.“ Die deutsche Rechtsprechung ist konform mit der UN-Behindertenrechtskonvention (vgl. Art.1 der UN-BRK).

Dabei spielt es keine Rolle, ob die Behinderung durch eine Krankheit, einen Unfall verursacht wird, oder angeboren ist. Ob eine Behinderung vorliegt, kann nur individuell und unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles beurteilt werden.

Laut Bleidick (1992:11) wird eine Behinderung in drei Dimensionen unterschieden. Er teilt die Dimensionen in endogene Ursachen, vergleicht nichtgeschädigte Menschen mit Menschen mit Behinderung und betrachtet die sozialen Beeinträchtigungen.

## Hilfe

Unter Hilfe versteht man die allgemeine Unterstützung in Notsituationen. Unter Behindertenhilfe versteht man die professionell ausgeübten Hilfen für Menschen mit Behinderung, damit sie in der Interaktion mit ihrer Umwelt zurechtkommen (Röh, 2011). Dadurch wird die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet. Dies ist auch im Sinne des deutschen Sozialstaates.

Röh (2011:1) setzt die Soziale Arbeit als wichtigen Teil des professionellen Helfersystems ein. Speziell für Menschen mit Behinderung wird im deutschen Sozialsystem unter ambulanter, teilstationärer und stationärer Maßnahmen unterschieden. Hinzu kommt für eine Gleichberechtigung, dass Menschen mit Behinderung in Verbindung mit den oben genannten Maßnahmen in sozialen, wie auch in beruflichen Aspekten (Rehabilitation) Unterstützung erhalten.

# Informationen zur Zielgruppe

„Ein Schüler, der während der Schulzeit einer schulischen Lernbehinderung unterliegt, könnte zumal dann, wenn es ihm gelingt, eine erfolgreiche Berufs- und Arbeitstätigkeit aufzunehmen weniger behindert sein als der dauernd an den Rollstuhl gefesselte Körperbehinderte.“ (Bleidick, 1992: 16).

Ein Jugendlicher mit seelischer Behinderung (Autismus) wird in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung so eingearbeitet, dass es ihm gelingt in einem Wirtschaftsunternehmen eine integrative Tätigkeit zu übernehmen. Dadurch kann er zu seinem Lebensunterhalt beitragen.

Ein Rollstuhlfahrer im Erwachsenenalter mit kaufmännischer Ausbildung kann nicht in einer Bank arbeiten, weil das gesellschaftliche Bild eines Bankangestellten kein Rollstuhlfahrer akzeptiert.

Diese Beispiele sollen verdeutlichen, was Behindertenhilfe durch die verschiedensten Maßnahmen erwirken kann. Die Frage nach der Zielgruppe für Behindertenhilfe soll das nächste Schaubild verdeutlichen:

Mindmap

Anhand der grafischen Darstellung sind Kinder, Jugendliche, Erwachsene und alte Menschen die Zielgruppe der Behindertenhilfe. Speziell in der Behindertenhilfe muss in Alterskategorien unterschieden werden. Allerdings nicht im Grad der Behinderung, bspw. Kann ein Kind lebenslänglich von der Behinderung (Sehbehinderung) betroffen bleiben. Wichtig hier ist, in welche Maßnahmen der Betroffene seine Zeit verbringt. In unserem Beispiel gesehen, beginnt ein Kind in einer speziellen Schule für Sehbehinderte. Diese Zeit ist allerdings zeitlich begrenzt, da mit fortschreitendem Alter die Maßnahme angepasst werden muss.

„Unter „behinderten Menschen“ werden

Menschen mit körperlichen, geistigen bzw. psychischen Störungen, Krankheiten bzw.

Behinderungen verstanden (Kinder, Jugendliche und Erwachsene) (Röh, 2011:1).“

Von körperlicher Behinderung spricht man, wenn eine Person aufgrund ihrer körperlichen Beeinträchtigung so massiv eingeschränkt wird, dass auch das Sozialleben der Person davon betroffen ist. Diese Form von Behinderung kann als Folge einer Erkrankung, eines Unfalles oder aufgrund zunehmenden Alters auftreten, kann jedoch auch angeboren sein. Menschen mit einer körperlichen Behinderung sind häufig konfrontiert mit baulichen Barrieren, wodurch sie in ihrer Mobilität, ihrer Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und in Folge dessen in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt werden.

(vgl. Paradisi-Redaktion, 2016)

Eine psychische oder die seelische Behinderung, kann vor allem aufgrund kritischer Lebensereignisse entstehen und liegt dann vor, wenn es zu einer massiven Einschränkung in der Teilhabe der Person am Alltags- und Arbeitserleben und am Leben in der Gesellschaft kommt. Diese Form der Behinderung ist nur sehr schwer feststellbar. Merkmale, die häufig im Zusammenhang mit einer psychischen oder seelischen Behinderung auftreten, sind z.B. Orientierungslosigkeit, Aufmerksamkeitsstörungen, mangelnde emotionale Stabilität sowie Kommunikationsschwierigkeiten. Häufig treten sie auch im Zusammenhang mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung auf.

(vgl. Paradisi-Redaktion, 2016)

Eine geistige Behinderung ist schwerer zu definieren wie bspw. die der körperlichen Behinderung. Bei einer geistigen Behinderung ist die Einschränkung kognitiver und sozialer Fähigkeiten ausschlaggebend für dessen Grad. Dies manifestiert sich im Kindesalter. Daraus resultieren sich Einschränkungen bei der Informationsverarbeitung sowie dem Lernverhalten, was Auswirkungen auf die Selbstständigkeit und das soziale Miteinander Betroffener hat. In schweren Fällen von geistiger Beeinträchtigung geht eine Pflegebedürftigkeit einher.

Durch die Messung des Intelligenzquotienten (IQ) wird der Grad der Beeinträchtigung gemessen. Man spricht bei einem IQ von 70-85 von einer Lernbehinderung. Ein IQ von unter 70 zeigt eine leichte Intelligenzminderung und ab einem IQ von unter 50 spricht man von einer mittleren bis schweren geistigen Behinderung (BMBF, 2011).

Diese drei Definitionen sind im neunten Sozialgesetzbuch verankert und dienen als Grundlage für angemessene und geeignete Maßnahmen zur Teilhabe an der Gesellschaft.

Differenziert gesehen gibt es weitere Formen der Beeinträchtigung, wie Sprachbehinderung, Sinnesbehinderung etc. Diese gehen meist als Komorbidität der oben genannten Behinderungen einher.

# Beteiligte und Organisationsformen

## Beteiligte

Unter Träger versteht man die finanzielle Stütze unterschiedlicher Einrichtungen. Insgesamt unterscheidet man zwischen öffentlichen, freien und privaten Trägern. Nach dem SGB sind die Leistungsträger (Krankenkassen) für die Sozialleistungen zuständig.

Die Einrichtungen arbeiten Anhand einer Leistungsvereinbarung sowie der mit dem örtlichen Träger verhandelten Entgeltvereinbarung. Diese Kosten werden anschließend vom Träger der Maßnahme (Jugendamt, Eingliederungshilfe) übernommen.

Öffentliche Träger sind Einrichtungen der Kommunen und Landkreise, wie z.B. die Agentur für Arbeit. Hierbei unterscheidet man nochmal in regionale und überregionale Träger.

Die Freien Träger, z.B. Lebenshilfe und Caritas, werden in gewerbliche Träger und freie Wohlfahrtspflege unterteilt. Dabei ist der markanteste unterschied, dass die gewerblichen Träger gewinnorientiert sind wohingegen die freie Wohlfahrtspflege dies nicht ist.

Die Privaten Träger sind Freie Träger, welche von Privatpersonen getragen und finanziert werden. Hierbei werden die Privaten Träger in gemeinnützig und kommerziell gegliedert, wobei die Einrichtungen welche als gGmbH gekennzeichnet sind, dürfen keine Profite erzielen und müssen diese daher in sich selbst investieren. Kommerzielle hingegen sind auf Profit-Erwirtschaftung ausgerichtet.

Subsidiaritätsprinzip

Der Grundgedanke des Subsidiaritätsprinzips, ist, dass den Freien Trägern einen bedingten Vorrang vor dem Staat eingeräumt wird. Dies ist von Vorteil für die Freien Trägern wodurch ihre Wirtschaftlichkeit gewährleistet wird und Monopolstellungen verhindert werden.

## Organisationsformen

### Beratung in der Behindertenhilfe

Beratung findet zu fast allen Lebenslagen in der Behindertenhilfe statt. Die Mitarbeiter der Beratungsstelle haben viel Erfahrung das heißt sie kennen die Probleme, können schnell die gewünschte Information liefern und weitere Ansprechpartner finden. Manche Vereine haben sich aus einem bestimmten Thema heraus gegründet ein Beispiel hierfür ist die Lebenshilfe e.V., die für Menschen mit Behinderung und ihre Familien als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Wohingegen das Weibernetz e.V. nur Ansprechpartner für Frauen mit Behinderungen sind. Die Hilfesuchenden können dementsprechend je nach Problem verschieden Anlaufstellen aufsuchen.

Exkurs: Die Ergänzende unabhängige Teilhabe (EUTB) die durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) eingeführt wurde, sieht vor, dass Menschen mit Behinderung andere Menschen mit Behinderungen beraten und sie unterstützen.

### Angebote der Frühforderung (Therapeuten, Mediziner, Heilpraktiker)

Die Frühförderung besteht aus unterschiedlichen Förderangeboten:

In der Pädiatrie (Kinderheilkunde) untersucht der Arzt innerhalb der U-Untersuchungen, inwiefern sich das Kind entwickelt. Wenn das Kind bspw. wenig spricht, verschreibt der Arzt Logopädiestunden.

Unter Logopädie, auch Sprachförderung genannt, versteht man das Üben und Verbessern des Sprechens. Gerade wenn ein Kind stottert, ist es sinnvoll, eine Sprachförderung zu beginnen. Sobald herausgefunden wurde, was dem Kind fehlt, wird ein Behandlungsplan erstellt.

Die Physiotherapie ist dafür da, dass das Kind sich besser und sicherer bewegen kann. Mögliche Übungen sind dabei Muskel- und Bewegungsübungen, die man auch Zuhause eigenständig durchführen kann.

Laut der Ergotherapie kann sich ein Kind besser entwickeln, wenn alle, also auch die Eltern, mit einbezogen werden.

Damit sich das Kind mit seiner Behinderung beschäftigt und lernt besser damit umzugehen, kann die Psychologie eingesetzt werden. Das Ziel der Psychologie ist es, dass das Kind später ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen kann.

Die Sozialarbeiter informieren die Eltern über Rechte und helfen bei Anträgen und Widersprüchen.

In den sozialpädiatrischen Zentren werden die oben genannten Hilfen auch zusammen angeboten, so findet man Logopäden, Psychotherapeuten und Psychologen in einem Haus.

### Kita, Kinderkrippe, Kindertageseinrichtungen für Kinder

Seit 2013 haben Eltern von Kindern unter drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz in der Kinderkrippe (Vgl. SBGVIII §24). Nach SGBVIII §22a Abs. 4 werden sowohl Kinder ohne Behinderung als auch Kinder mit einer Behinderung zusammen gefördert. Es gibt auch Kitas mit besonderen Ausrichtungen, in denen bspw. Fachkräfte der Ergotherapie arbeiten.

### Schulische Einrichtungen

Deutschland verpflichtet sich mit dem Völkerrechtlichen Vertrag, Menschen mit Behinderung einen gleichberechtigten Zugang zur Umwelt, Transportmitteln, Information, Kommunikation, Bildung und Arbeit/Beruf zu schaffen. Konkret bedeutet dies, dass Menschen mit einer Behinderung (Menschen von drohender Behinderung) betroffen sind, nicht ausgeschlossen werden. Eine Hilfe ist so zu organisieren, dass Behinderte und nicht Behinderte Menschen gemeinsam in der Gesellschaft handeln können (vgl. Haufe.de). Teil der Eingliederungshilfe kann die Hilfe durch Schulbegleiter oder Integrationshelfer sein.

### Arbeitswelt

Die Arbeitsagentur berät Menschen mit Behinderung, welche Möglichkeiten es für sie auf dem Arbeitsmarkt gibt. Die Arbeitsagentur bekommt Unterstützung von Integrationsämtern und Integrationsfachdiensten für die Rehabilitation und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (vgl. §55 SGB IX). Außerdem gibt es Integrationsprojekte, die den Menschen mit Behinderung einen Einstieg in die Berufswelt ermöglichen. Hierfür bieten Firmen Berufsbegleitende Betreuung und Kurse für den jeweiligen Berufsbereich an.

### Wohnformen

Es gibt die unterschiedlichsten Wohnformen. Die zwei Hauptformen sind stationär und ambulant betreutes Wohnen (ABW).

Ziel der ambulanten Wohnform ist es, ein selbstständiges Leben zu führen und trotzdem die Möglichkeit zu haben, Hilfe zu rufen, wenn man diese benötigt. Dies gewährleistet eine Teilhabe am gesellschaflichten Leben. Mögliche Beispiele für Wohnformen sind:

* Leben in einer eigenen Wohnung
* Leben in einer Wohngemeinschaft
* Leben in einem Wohnheim
* Leben bei der Familie zuhause
* Stationäres Wohnen

Es ist darauf zu achten, welcher Betreuungsschlüssel benötigt wird.

# Relevante rechtliche Bestimmungen

Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Menschen haben Recht auf Teilhabeleistungen. Diese Leistungen sind notwendig, um die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern. Kurz, es soll die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eröffnet werden, ihr Leben soll nach ihren Neigungen und Fähigkeiten gestaltet werden. Wenn die behinderten Menschen vollständig in das Leben der Gemeinschaft eingegliedert sind, war die Teilhabe erfolgreich. Diese Leistungen sind umso erfolgreicher, je früher diese durchgeführt werden. SGB IX § 1 beschreibt den Begriff der Teilhabe und Selbstbestimmung am Leben in der Gesellschaft. Dies wird im SGB IX §4 verdeutlicht (Leistungen zur Teilhabe) (Ratgeber für behinderte Menschen). Besondere Hilfe ist hierbei die Rehabilitation. (BMAS)

## Rehabilitation und Teilhabe: Welche Hilfen gibt es, und wer ist zuständig?

Für die Leistungen zur Teilhabe ist kein einheitlicher Träger zuständig. Jeder Träger in unserem Sozialleistungssystem ist für einen spezifischen Bereich der Rehabilitation und der Teilhabe zuständig:

Die **Krankenversicherung** erbringt für ihre Versicherten Leistungen zur medizinische Rehabilitation. Die **Rentenversicherung** ist für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation ihrer Versicherten und zu deren Teilhabe am Arbeitsleben zuständig. Die **Unfallversicherung** ist bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft verantwortlich. Die **Träger der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden** übernehmen für ihre Leistungsberechtigten die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. **Die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende** erbringen Leistungen zur Eingliederung in Arbeit für erwerbsfähige und hilfebedürftige behinderte Menschen (Ratgeber für behinderte Menschen).

Die Sozialhilfe erbringt für behinderte Menschen, die hilfebedürftig im Sinne der Sozialhilfe sind, Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur beruflichen und sozialen Teilhabe im Rahmen der Eingliederungshilfe. Leistungen zur Teilhabe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche erbringt die Kinder- und Jugendhilfe mit ihren örtlichen Jugendämtern, soweit kein anderer Träger zuständig ist. Die Bundesagentur für Arbeit ist für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben zuständig. Sie ist auch Rehabilitationsträger für die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II (Ratgeber für behinderte Menschen).

## Finanzierungsgrundlage der Behindertenhilfe

Nach § 75 SGB XII sind Vereinbarungen nur mit Trägern von Einrichtungen abzuschließen, die zur Erbringung der Leistungen geeignet sind. Wenn Einrichtungen vorhanden sind, die in gleichem Maße geeignet sind, hat der Träger der Sozialhilfe Vereinbarungen vorrangig mit Trägern abzuschließen, deren Vergütung bei vergleichbarem Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung nicht höher ist als die anderer Träger. Grundlage ist eine Leistungsvereinbarung. Diese muss den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit entsprechen. Der Träger der Sozialhilfe kann die Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistung prüfen. Vergütungen dürfen nur bis zu der Höhe übernommen werden, wie sie der Träger der Sozialhilfe am Ort der Unterbringung oder in seiner nächsten Umgebung für vergleichbare Leistungen nach den abgeschlossenen Vereinbarungen mit anderen Einrichtungen trägt.

§ 76 SGB XII klärt die Inhalt der Vereinbarungen. So müssen wesentliche Leistungsmerkmale festleget werden, wie die betriebsnotwendigen Anlagen der Einrichtung, den von ihr zu betreuenden Personenkreis, Art, Ziel und Qualität der Leistung, Qualifikation des Personals sowie die erforderliche sächliche und personelle Ausstattung.

Die Vereinbarungen nach § 75 Abs. 3 sind vor Beginn der jeweiligen Wirtschaftsperiode für einen zukünftigen Zeitraum (Vereinbarungszeitraum) abzuschließen (Lichtenberg).

Menschen mit Behinderungen können **Nachteilsausgleich** in Anspruch nehmen, um behinderungsbedingte Nachteile auszugleichen bzw. abzumildern, so kann beispielsweise bei einer diagnostizierten Leserechtschreibschwäche bei einer Deutschprüfung ein Nachteilsausgleich beantragt werden, welcher dem Betroffenen unterstützt, meist durch vorlesen und erklären des Textes. Zuvor muss der Grad der Behinderung (GdB) festgestellt und in Form eines Ausweises bescheinigt werden (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen).

## Grad der Behinderung

Mit dem „Grad der Behinderung” (GdB) wird die Auswir­kung einer Behinderung auf die Teilhabe am gesellschaft­lichen Leben gekennzeichnet. Der Umfang der Einschränkung wird in Zehnergraden von 20 bis 100 beschrieben. Als Behinderung gilt eine Funktionseinschränkung ab einem GdB von 20. Schwerbehindert sind im Sinne des SGB IX Menschen, bei denen ein GdB von wenigstens 50 festgestellt wurde. Menschen mit Behinderungen mit einem GdB von weniger als 50, aber wenigstens 30, die infolge ihrer Behinderung keinen geeigneten Arbeitsplatz erlangen oder behalten können, werden auf Antrag von der Agentur für Arbeit schwerbehinderten Menschen gleichgestellt.

Neben der Feststellung des GdB prüft das Versorgungsamt, ob ein Mensch mit Behinderungen Anspruch auf Zuerkennung eines oder mehrerer Merkzeichen besitzt. Diese Merkzeichen berechtigen zur Inanspruchnahme weiterer Nachteilsausgleich.

## Schwerbehindertenausweis

Zum Nachweis einer bestehenden Behinderung wird ein Schwerbehindertenausweis im Scheckkartenformat ausgestellt. Dort sind der Grad der Behinderung (GdB) und eventuelle Merkzeichen einge­tragen, die unter anderem den Anspruch auf bestimmte Nachteilsausgleiche ermöglichen.

Der Ausweis ist im Regelfall ab dem Antragsmonat gültig. Wenn eine Veränderung der Behinderung nicht zu erwarten ist, wird der Ausweis unbefristet ausgestellt. In anderen Fällen wird der Ausweis für längstens fünf Jahre ausgestellt. (§ 6 Schwerbehindertenausweisverordnung).

## Eingliederungshilfe

In der Sozialhilfe im SGB XII ist die Eingliederungshilfe verankert. Die Eingliederungshilfe beginnt im sechsten Kapitel des SGB XII und ist ausschließlich für behinderte Menschen vorgesehen. Dort werden Leistungen und Aufgaben beschrieben welche Menschen mit einer Behinderung erhalten. Sie dient als Grundlage für die Kostenübernahme der ambulanten, teilstationären und stationären Maßnahmen. Im Vergleich zur Jugendhilfe nach SGB VIII welche Zeitlich begrenzt ist (Alter 27 Jahre) bleibt man in der Eingliederungshilfe ein Leben lang, vorausgesetzt eine Behinderung liegt vor nach SGB IX § 2 vor.

„Hilfeleistungen können unter anderem sein:

* Übernahme der Kosten in einer stationären Einrichtung der Behindertenhilfe
* Ambulant Betreutes Wohnen
* Betreutes Wohnen in Familien (für Kinder und Erwachsene)
* Tagesstrukturierende Maßnahmen (Werkstätten, Förder- und Betreuungsgruppen, Seniorenbetreuung)
* Integrationsmaßnahmen in Regelkindergärten und Regelschulen
* Teilstationäre und stationäre Beschulung an SBBZ
* Hilfen zum Besuch einer Hochschule
* Kurzzeitunterbringung
* Freizeitmaßnahmen
* Persönliches Budget „ (vgl. https://www.landkreis-ravensburg.de/,Lde/Startseite/Leben+im+Landkreis+\_+Buergerservice/Eingliederungshilfe.html)

Eingliederungshilfe nach dem SGB XII ist eine nachrangige Leistung, d. h. sie wird unter anderem nur dann gewährt, wenn keine Ansprüche gegenüber vorrangigen Sozialleistungsträgern bestehen. Darunter fallen Kranken- und Pflegekassen, die Agentur für Arbeit oder Unfall- und Rentenversicherungsträger.

## Behindertenausgleichsgesetz

Seit dem 1. Mai 2002 gilt das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG). Dieses regelt die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen im Bereich des öffentlichen Rechts (soweit der Bund zuständig ist). Es ist ein wichtiger Teil der Umsetzung des Benachteiligungsverbotes aus Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 Grundgesetz („Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“). Das Behindertengleichstellungsgesetz gilt für Behörden, Körperschaften und Anstalten des Bundes, wie beispielsweise der Bundesagentur für Arbeit, der Deutsche Rentenversicherung Bund, Beispiel Versorgungs- oder Sozialämter. Das bedeutet, jegliches System das unsere Gesellschaft vorgibt, bzw. mitgestaltet soll behinderte Menschen so behandeln, wie Menschen ohne Behinderung. Die wichtigsten Aussagen des BGG sind das Benachteiligungsverbot und die Barrierefreiheit.

I. Benachteiligungsverbot

Eine Benachteiligung liegt vor, „wenn behinderte und nicht behinderte Menschen ohne zwingenden Grund unterschiedlich behandelt werden und dadurch behinderte Menschen in der gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beeinträchtigt werden“ (§ 7 Abs. 2 BGG). Eine Benachteiligung durch die oben genannten Stellen ist verboten.

II. Barrierefreiheit

„Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind“ (§4 Barrierefreiheit, Behindertengleichstellungsgesetz). Dies bedeutet konkret, es soll alles was von Menschen gestaltet wird, auf Barrierefreiheit ausgerichtet sein. So müssen z.B. Rampen an öffentlichen Einrichtungen angebracht werden (http://www.leben-mit-handycap.de/?cat=31).

## Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Umgangssprachlich wird es auch Antidiskriminierungsgesetz genannt. Ziel ist es die Benachteiligung unterschiedlicher Rasse, Weltanschauung, Behinderung, etc. zu verhindern oder zu beseitigen (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung).

## Bundesteilhabegesetz

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) ist ein umfassendes Gesetzespaket. Es sieht für Menschen mit Behinderungen viele Verbesserungen vor. Darin werden mehr Möglichkeiten der Teilhabe und mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen geschaffen. Die [Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen](https://www.betanet.de/eingliederungshilfe-fuer-menschen-mit-behinderungen.html) soll aus dem "Fürsorgesystem" herausgeführt und zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden. Die Leistungen für Menschen mit Behinderungen sollen nicht länger institutions-, sondern personenzentriert ausgerichtet werden und sich am persönlichen Bedarf des Einzelnen orientieren.

Menschen mit Behinderungen, die Eingliederungshilfe beziehen, können künftig mehr von ihrem Einkommen und Vermögen behalten. Gleichzeitig werden die Kommunen und Länder entlastet, da Grundsicherungs- und Eingliederungshilfeleistungen in Zukunft getrennt sowie teilweise vom Bund übernommen werden.

Die wichtigsten Inhalte des Bundesteilhabegesetzes für behinderte Menschen sind:

**Prävention:** Einer Behinderung soll möglichst frühzeitig entgegengewirkt werden. Die Reha-Träger werden verpflichtet, gezielt vorbeugende Maßnahmen anzubieten. Als wichtigen Teil der Teilhabe soll auch die Erwerbsfähigkeit erhalten werden.

**Ein einziger Reha-Antrag:** Künftig soll ein einziger Antrag ausreichen, um ein umfassendes Verfahren zur Bedarfsermittlung in Gang zu setzen. So müssen keine Leistungen verschiedener Träger mehr einzeln beantragt werden, sondern ein leistender Träger koordiniert alle Maßnahmen. Dabei wird zusammen mit dem Betroffenen geschaut, welche Leistungen er benötigt.

Un**abhängige Beratung: Es soll ein einfacherer Zugang für Menschen mit Behinderung geschaffen werden, indem** flächendeckend unabhängige Beratungsstellen eingeführt werden, die sie über mögliche Leistungen informieren.

Durch das Bundesteilhabegesetz werden die Möglichkeiten der Teilhabe am Arbeitsleben, der Teilhabe an Bildung und der Sozialen Teilhabe verbessert.

Bessere Teilhabe am Arbeitsleben wurde für Menschen mit Behinderungen durch die Zulassung anderer Leistungsanbieter und die Einführung des Budgets für Arbeit ermöglicht. Jeder Mensch mit Behinderungen soll entsprechend seines individuellen Leistungsvermögens durch passgenaue Leistungen und Förderung die für ihn größtmögliche Teilhabe am Arbeitsleben erreichen. So besteht für Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft entweder auf dem freien Arbeitsmarkt, bei einem anderen Leistungsanbieter oder in einer Werkstatt für behinderte Menschen einzusetzen.

Die Leistungen zur Sozialen Teilhabe werden neu strukturiert, ergänzt und konkretisiert. Dadurch werden die Möglichkeiten einer individuellen und den persönlichen Wünschen entsprechenden Lebensplanung und -gestaltung weiter gestärkt. Als eigener Leistungstatbestand werden erstmals Assistenzleistungen, die eine selbstbestimmte Alltagsbewältigung ermöglichen, konkret benannt. Dazu gehören auch Leistungen, die Mütter und Väter mit Behinderungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder benötigen (Elternassistenz). Die Eingliederungshilfe für Menschen mit erheblichen Teilhabeeinschränkungen zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt. Die Leistungen der Eingliederungshilfe orientieren sich dann nicht mehr an einer bestimmten Wohnform, sondern ausschließlich am individuellen Bedarf. Die Fachleistungen der Eingliederungshilfe werden zukünftig klar von den Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt und finanziert. Das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen mit Behinderungen wird vor allem hinsichtlich der Wohnform erheblich gestärkt. An 2020 sollen Menschen mit Behinderungen freier entscheiden können, wo sie leben wollen und von wem sie welche Leistungen in Anspruch nehmen. Auch Bewohner in besonderen Wohnformen stationäre Einrichtungen) können dann eigenständiger darüber entscheiden, wofür sie das ihnen zur Verfügung stehende Geld ausgeben (Janina Del Giudice, Max Glaser, Jutta Meier: Bundesteilhabegesetz).

Weitere wichtige Gesetze, welche rechtliche Bestimmungen der Behindertenhilfe regeln sind:

* [Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder (FrühV)](https://behinderung.org/gesetze/verordnung-fruehfoerderung.htm)
* [Wahlordnung Schwerbehindertengesetz](https://behinderung.org/gesetze/schwbwo.htm) **- SchwbWO**
* [Werkstättenverordnung Schwerbehindertengesetz](https://behinderung.org/gesetze/werkstaettenverordnung.htm) **- SchwbWV**

# Rechtliche Beziehungen der Beteiligten

## Ansprüche der Beteiligten und deren Gründe

Jeder Mensch hat einen Anspruch auf Behindertenhilfe. Maßgebend sind hier die Voraussetzungen welche im SGB IX vorhanden sein müssen. Diese werden durch einen medizinischen Dienst überprüft. Menschen welche eine Behinderung haben oder von einer bedroht sind können sich Unterstützung (Sozialamt/Jugendamt etc.) einholen damit ihre Teilhabe an der Gesellschaft gewährleistet wird.

### Das Dreiecksverhältnis (Sozialrechtliches)

(Frings und Bieker 2018) beschreiben das Dreiecksverhältnis als Gesamtverantwortung der öffentlichen Träger und das Selbstbestimmungsrecht der freien Träger gegenüber den Leistungsansprüchen des Bürgers. Öffentliche Träger bewilligen dem Bürger (mit Leistungsanspruch) Leistungen, welche bei einem Freien Träger eingelöst werden können. Der freie Träger erhält hierfür Geld vom öffentlichen Träger (Leistungsentgelt).

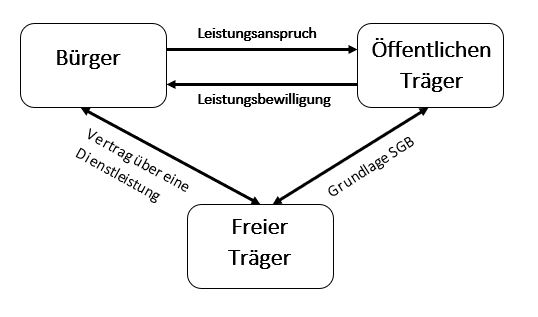


Abbildung 1 Sozialrechtliches Dreiecksverhältnis in Anlehnung an (Frings und Bieker 2018)

### Welche Verträge werden geschlossen

Zwischen den in Abbildung 1 aufgezeigten Parteien, werden unterschiedliche Verträge geschlossen. So schließt der Bürger einen Privatrechtlichen Vertrag über eine Dienstleistung mit dem freien Träger (Bsp. Der Behindertenhilfe oder Jugendhilfe). Der freie Träger löst seine Leistungsverpflichtung des öffentlichen Trägers als Dienstleistung beim Bürger ein (Bsp. Heimverträge). Der öffentliche Träger hingegen, bezahlt die Leistungen des freien Trägers welche als Grundlage das SGB haben. Die Leistungen werden in Form eines Zuwendungsbescheides bzw. eines öffentlich-rechtlichen Vertrages verschriftlicht. Der freie Träger übermittelt dem Öffentlichen Träger eine Leistungs- und Entgeltvereinbarung. Der Bürger hat gegenüber dem Öffentlichen Träger einen Leistungsanspruch (Grundlage SGB) welchen der Öffentliche Träger (Bsp. Jugendamt) bewilligen (Leistungsbewilligung) kann/muss (Frings und Bieker 2018).

### Das Persönliche Budget

(Trendel 2018) sieht als Ziel des persönlichen Budgets eine verbindliche Form der Leistungserbringung sowie einen grundlegenden Richtungswechsel, weg vom Fürsorgegedanken hin zur Inklusion. Es dient zur essenziellen Teilhabe von behinderten Menschen und dient dazu, dass Menschen mit einer Behinderung nicht mehr als Objekt wohlfahrtsstaatlich standardisierten Leistungen versorgt werden. Für (Trendel 2018) steht vielmehr die Förderung der Subjektstellung des Einzelnen, Unterstützung einer selbstbestimmten Lebensführung, Unterstützung der Eigenverantwortlichkeit für die Bewältigung von Lebenslagen, Minderung von Ausgrenzungsrisiken sowie die Verwirklichung der umfassenden Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben der Gesellschaft im Vordergrund.

Das Persönliche Budget gibt Menschen mit Behinderung (oder Menschen, welche von einer Behinderung bedroht sind) einen Rechtsanspruch, welchen ihren Bedarf an Teilhabeleistungen so deckt, wie sie selbst dies benötigen. Somit werden ihre Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume für das Allgemeinleben erhöht. Ein eigenständiges und selbständiges Leben wird erhöht und die Teilhabechancen gesichert (Trendel 2018).

Das Persönliche Budget wird als Geldbetrag geleistet, Betroffene können somit ihre individuelle Hilfe „einkaufen bzw. organisieren (z.b.: Die Unterstützung durch einen Logopäden wird von einem Betroffenen als sinnvoll erachtet, er kann nun mithilfe des Persönlichen Budgets sich diese Unterstützung in einer Einrichtung einkaufen.)

#### Unterschiede unter den Zielgruppen beim persönlichen Budget

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales setzt als Grundlage für das persönliche Budget eine Behinderung oder eine androhende Behinderung voraus. Hierbei wird nicht nach dem Schweregrad der Behinderung unterschieden.

Speziell bedeutet dies für unsere Zielgruppe (Kinder, Jugendliche, Erwachsene und alte Menschen), dass unabhängig von Alter und Geschlecht jeder Anspruch auf das persönliche Budget hat. Eltern können für ihre Kinder das Budget beantragen und verwalten (falls das Kind/Jugendlicher die Volljährigkeit bzw. das 15 Lebensjahr noch nicht erreicht hat oder aufgrund der Behinderung nicht in der Lage ist, dies selbst zu tun.) (BMAS Stand 2018). Es gibt somit keine markanten unterschiede beim persönlichen Budget, da jeder darauf einen Anspruch hat. Ebenso ist es möglich, dass dritte Personen (gesetzliche Betreuer, Sozialarbeiter), das Budget für ihre Mandanten beantragen können.

# Pädagogische Konzepte und methodische Werkzeuge

## Pädagogische Konzepte

### Behindertenpädagogik

Behindertenpädagogik ist der Oberbegriff für die allgemeine Pädagogik bei Menschen mit Behinderung.

Sie tritt entschieden für das Recht auf Leben, Teilhabe und Bildung von Menschen ein, die bis in die jüngste Vergangenheit als vermeintlich bildungsunfähig gesehen und deshalb aus allen pädagogischen Handlungsfeldern ausgeschlossen wurden.

„Als behindert im erziehungswissenschaftlichem Sinne gelten alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die in ihrem Lernen, im sozialen Verhalten, in der sprachlichen Kommunikation oder in den psychomotorischen Fähigkeiten so weit verbreitet sind, dass ihre Teilhabe am Leben der Gesellschaft erschwert ist.“

Behinderung selber wird dadurch pädagogisch relevant, weil sie den üblichen bzw. „normalen“ Ablauf der Bildung und Erziehung beeinträchtigt, hemmt, stört, variiert und unterbricht. Beispielsweise kann eine Person mit fehlender visueller Orientierung die Informationen anders aufnehmen (Braille Schrift), als eine Person, die sehen kann.

Genau aus diesem Grund benötigen Menschen mit Behinderung eine besondere Förderung.

Einerseits versteht man unter Behindertenpädagogik die sozialrechtliche Hilfe an bestimmten benachteiligten Menschen, die je nach Beeinträchtigung mehr oder weniger Hilfe Benötigen, andererseits kann man Behindertenpädagogik auch als Abweichung und dadurch als Ausgrenzung aus der gesellschaftlichen Normalität deuten.

### Inklusion

Inklusion kommt aus dem lateinischen und bedeutet einschließen oder einbeziehen.

Inklusion bedeutet, dass man alle Menschen der Gesellschaft so akzeptieren soll, wie sie sind. Dies gilt sowohl für Menschen mit Behinderung als auch für Menschen ohne Behinderung. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, am Leben in der Gesellschaft teilzunehmen.

Allerdings bedeutet Inklusion auch das möglich machen der Beteiligung. Denn damit die Inklusion auch wirklich klappt, sollte der Zugang gewährleistet sein. So sollte beispielsweise der Bus barrierefrei gestaltet sein, damit auch Rollstuhlfahrer die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können.

Inklusion bedeutet also dass jeder Mensch dazugehört und jeder auch mitmachen kann. Außerdem ist Inklusion ein Menschenrecht, das in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert ist.

Von insgesamt 81 Millionen Menschen in Deutschland hat jeder Achte eine Beeinträchtigung. Damit ein gleichberechtigtes gemeinsames Leben gewährleistet werden kann, muss mehr Kontakt zwischen Menschen mit und ohne Behinderung entstehen.

Es gibt mehrere Gesetze, die besagen, dass Inklusion stattfinden muss. Darunter ist auch das Grundgesetz Artikel 3 in dem steht, dass Niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Außerdem gibt es seit 2006 das sogenannte Allgemeine Gleichstellungsgesetz, kurz AGG, in dem geregelt ist, dass niemand einen Menschen mit Behinderung benachteiligen darf. Zusätzlich gibt es noch den internationalen Vertrag, die UN-Behindertenrechtskonvention, der sich für Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung einsetzt.

Inklusion kann in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Weiterbildung stattfinden, weil niemand aufgrund seiner Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen wird. Die Aufgabe des Bildungssystems ist das Bereitstellen von besonderen Mitteln und Methoden, um den Einzelnen zu unterstützen und zu fördern. Anhand dieser Aufgabe wird deutlich, dass sich das System, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse, an das Individuum anpasst.

Am Beispiel Schule bedeutet Inklusion das gemeinsame zur Schule gehen und damit auch das gemeinsame Lernen. Hierbei muss die Schule so ausgestattet werden, dass sie jedem Kind gerecht werden kann. Das schließt nicht nur Kinder mit Behinderung ein, sondern auch Kinder, die aus schlechten sozialen Schichten kommen, Kinder mit Migrationshintergrund, die kaum deutsch sprechen und auch Kinder mit psychischen Problemen oder chronischen Krankheiten. (bpb)

Die Inklusion an Schulen beinhaltet viele Herausforderungen. So muss eine Schule darauf achten, dass sie barrierefrei gebaut ist oder gegebenenfalls umgebaut werden muss. Außerdem sollten genügend Räume zur Verfügung stehen, denn um einen individualisierten Unterricht durchführen zu können, muss man die Klasse bei einzelnen Aufgaben teilen können. Eine weitere Herausforderung an vielen Schulen ist die Personalsituation. Zwar haben viele Schulen im Laufe der Einführung der Inklusion Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen eingestellt, allerdings werden diese Fachkräfte für kranke Kollegen und Kolleginnen im regulären Unterricht eingesetzt. Dabei sollten die Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen sich gezielt um Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf kümmern. (bpb)

### Integration

Hier wird die Gesellschaft, im Gegensatz zur Inklusion, als eine homogene Mehrheitsgruppe und eine kleine Außengruppe gesehen. Das bedeutet, dass bewusst Unterschiede wahrgenommen werden. Integration hat es sich zum Ziel gesetzt, diese kleine Außengruppe in die Mehrheitsgruppe zu integrieren. Allerdings muss sich der Einzelne an das Mehrheitssystem anpassen um ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu werden.

Anders ist es bei der Inklusion, denn hier steht die Vielfalt und Heterogenität der Gesellschaft im Mittelpunkt. Außerdem muss sich hier das System bzw. der gesellschaftliche Rahmen an den Einzelnen anpassen.

Man kann also sagen, dass der Begriff der Inklusion noch weit über den der Integration hinausgeht. Im Beispiel der Schule nimmt die Integration das Kind in das bestehende System auf, während die Inklusion versucht das bestehende System so zu verändern, dass es jedem Kind gerecht wird. (bpb)

## Methodische Werkzeuge

### Kompetenzförderung, Training

### Soziale Therapie

### Familienarbeit

Familienarbeit bedeutet, dass Eltern und weitere Angehörige in die pädagogische Arbeit mit einbezogen werden. Dies dient primär als Bildungsarbeit, um Konflikte zwischen institutionalisierter Erziehung (Bsp. Stationäres Wohnen) und familiärer Erziehung zu beseitigen. Durch die Erziehung einer pädagogischen Fachperson entsteht eine Art Reibungsfläche zwischen ihr und der Familie, da die pädagogische Fachkraft häufig keinen Einblick in das System Familie (Familienwerte und -normen) hat. Schlussfolgernd besteht die Gefahr, dass die Familie keine Mitwirkung zeigt oder konfliktbehaftet gegen die Fachkraft agiert. (ISBN: 9783959348188)

### Selbsthilfeförderung

Selbsthilfegruppen sind dafür ausgelegt, dass Menschen ihre eigenen Erfahrungen mit anderen Menschen teilen können und ihre Lösungswege, wie sie es aus einer Krise herausgeschafft haben, weitergeben. Das Konzept der Selbsthilfegruppen dient einer gemeinsamen Bewältigung einer bestimmten Krankheit, psychischer Probleme und fordert die persönliche Lebensqualität und Umgang mit den eigenen Defiziten. (PDF Selbsthilfeförderung)

### Case Management

### Sozialräumliches Handeln

Sozialraumorientierung ist wichtig für Haltung und Perspektive, welche die vielfältigen Ressourcen und Potentiale erkennen soll und wie diese für die Gesellschaft genutzt werden können. Im Fokus aller Menschen stehen die Bedürfnisse, welche einen Willen ergeben. Die Menschen werden als Experte ihrer Interessen gesehen und handeln danach. Sie können eigenständig zu einer Verbesserung ihrer Situation beitragen. Hinte beschreibt fünf Prinzipien der Sozialraumorientierung, welche sind:

1. Interesse und Wille
2. Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement
3. Ressourcen im Sozialraum
4. Zielgruppen übergreifender Fokus und Zusammenwirken aller Menschen im Sozialraum
5. Bereichs- und sektorenübergreifende Kooperation (bagfw.de)

# Liste aktueller Herausforderungen

## Bundesteilhabegesetz

### Perspektive als Leistungserbringer

### Perspektive als Leistungsträger

### Perspektive als Leistungsempfänger

## Persönliches Budget

## Lebenserwartung

## Geistige Behinderung und Teilhabe an der Gesellschaft

## Die ICF ist zur Sicherung der Teilhabe anzuwenden

## Angebote für älter werdende Menschen mit Behinderung schaffen

## Inklusion wird nicht gelebt (Förderschule)

# Trägerliste Baden-Württemberg

|  |  |
| --- | --- |
| Interdisziplinäre Frühförderstelle | Überregionale Arbeitsstelle Frühförderung  Baden-Württemberg  Medizinischer Bereich |
| „Im Aufwind“ Kinderzentrum Grauleshof  Träger:  Förderverein Aufwind e. V. Aalen |
| Interdisziplinäre Frühförderstelle  des Landkreises Esslingen  in der Städtischen Klinik für Kinder und Jugendliche  Träger:  Landkreis Esslingen |
| Interdisziplinäre Frühförderstelle  Träger:  Lebenshilfe Göppingen e.V. |
| Interdisziplinäre Frühförderstelle  Träger:  St.Canisius Kinder- und Jugendhilfe GmbH |
| Interdisziplinäre Frühförderstelle  Träger:  Verein Sonnenhof e.V. |
| Interdisziplinäre Frühförderstelle  Frühberatung Waiblingen  Träger:  Diakonie Stetten e. V. |
| Interdisziplinäre Frühförderstelle  Träger:  Lebenshilfe Tuttlingen e. V. |
| Interdisziplinäre Frühförderstelle  Träger:  Mariaberger Heime e.V. |
| Interdisziplinäre Frühförderstelle Zollernalbkreis  Träger:  Körperbehindertenförderung Neckar-Alb e. V. |
| Frühförder- und Beratungsstelle für Eltern und Kind  Träger:  St.Gallus-Hilfe gGmbH Markdorf |
| MOBILE - Beratungs- und Frühförderzentrum  für Eltern und Kind Ravensburg  Träger:  MOBILE-Beratungs-und Frühförderzentrum gGmbH |
| Interdisziplinäre Frühförderstelle  im Landkreis Reutlingen  Träger:  Körperbehindertenförderung  Neckar-Alb e.V. / Landkreis Reutlingen |
| Interdisziplinäre Frühförderstelle Sigmaringen  Träger:  Mariaberger Heime e.V. |
| Kindergärten | Bodelschwingh-Schulkindergarten  für Geistigbehinderte Vaihingen |
| Dietrich-Bonhoeffer-Schule  Schule für Erziehungshilfe Plieningen |
| Schulkindergarten für besonders  förderungsbedürftige Kinder Wernhalde |
| Schulkindergarten für Sprachbehinderte Böblingen |
| Kooperationsschulkindergarten  für Geistigbehinderte  Villa Emrich |
| Private Schule für Hörgeschädigte St. Josef |
| Villa Wirbelwind  Schulkindergarten für Geistigbehinderte  der Lebenshilfe e.V.  eine Schulkindergartengruppe für Kinder mit Behinderung  und eine Intensiv-Kooperationsgruppe-  Regelkindergarten |
| Schulkindergarten für Lernbehinderte  Orschelhagen |
| Gustav-Werner-Schulkindergarten für Geistigbehinderte |
| Schulkindergarten für Geistigbehinderte  an der Tannenhag-Schule |
| Camphill-Schulgemeinschaft Föhrenbühl  Schule für Körper- und Geistigbehinderte |
| Hör-Sprachzentrum Altshausen |
| Hör-Sprachzentrum  Sprachheilzentrum Ravensburg |
| Schulen | Albert-Schweitzer-Schule  Schule für Erziehungshilfe der  Paulinenpflege Rohr |
| Bergerschule  Förderschule |
| Schule für Körperbehinderte  Stuttgart Vaihingen |
| Hardtwaldschule Neureut  Schule für Geistigbehinderte |
| Janusz-Korczak-Schule  Schule für Geistigbehinderte |
| Säntisschule  Schule für Erziehungshilfe |
| Schule für Sprachbehinderte |
| Private Schule für Gehörlose  und Schwerhörige St. Josef  Schwäbisch Gmünd  Außenstelle Ulm |
| Camphill Schulgemeinschaft  Brachenreuthe |
| Tannenhag-Schule  Schule für Geistigbehindert |
| Parkschule  Förderschule |
| Förderschule St. Christina |
| Martinusschule  Schule für Geistigbehinderte  Ravensburg |
| Schule für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung  Oberschwabenklinik |
| Berufsbildungswerke und andere außerbetriebliche Ausbildungsstätten | Berufsbildungswerk  Nikolauspflege Stuttgart  Träger:  Nikolauspflege Stuttgart  Private Bildungsstätte für  Blinde und Sehbehinderte |
| Jugenddorf Hohenreisach |
| Jugenddorf Bläsiberg  Träger:  Christliches Jugenddorfwerk  Deutschlands  Gemeinnütziger Verband  e.V. |
| Liebenau Berufsbildungswerk  Adolf Aich Ravensburg  gGmbH  Träger:  Stiftung Liebenau |
| Körperbehinderten-Zentrum  Oberschwaben Stiftung |
| Berufsbildungswerk Gammertingen  Mariaberg |
| Wohneinrichtungen | Wohnheim Heubachstraße |
| Pflegeheim Karlshof |
| Wohnhaus Friedrichshafen |
| St. Gallus-Hilfe für behinderte  Menschen gGmbH |
| St.Lukas – Klinik  Med.Einrichtung für behinderte  Menschen – Wohngruppen |
| Arche Wohngemeinschaft  Ravensburg |
| Arkade-Wohngruppe  Ravensburg |
| Sozialpsychiatrische Hilfen  Ravensburg-Bodenseekreis |
| KBZO-Internatsbereich |
| KBZO-Heimbereich |
| Heim St. Konrad  Haslach |
| Kinderheim St. Johann  Zußdorf |

Die Liste ist nicht vollständig, in Baden Württemberg gibt es zahlreiche weitere Träger der Behindertenhilfe. Eine vollständige Aufzählung entnehmen sie aus der Informationsschrift: Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg „Ein Wegweiser“.

Literaturverzeichnis

Frings, Dorothee; Bieker, Rudolf (2018): Sozialrecht für die Soziale Arbeit. 4th ed. Stuttgart: Kohlhammer Verlag. Online verfügbar unter https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=5380305.

Trendel, Manuela (2018): Praxisratgeber Persönliches Budget. Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung; Walhalla Rechtshilfen. 3., neu bearbeitete Auflage. Regensburg: Walhalla (Wissen für die Praxis). Online verfügbar unter http://www.walhalla.de.

https://www.bmas.de/DE/Themen/Teilhabe-Inklusion/Persoenliches-Budget/Fragen-und-Antworten/inhalt.html

Ich versichere, dass die vorliegende Arbeit inhaltlich ohne fremde Hilfe angefertigt wurde und ich mich keiner anderen, als der von mir angegebenen Literatur und Hilfsmittel bedient habe. Im Rahmen einer Prüfung wurde das Thema von mir noch nicht schriftlich bearbeitet.